



Sozialstaat am Limit: Die Rente zwischen Finanzierbarkeit und Generationengerechtigkeit

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat (GG Art. 20 Abs. 1) und begleitet die Bürgerinnen und Bürger durch zentrale und teils schwierige Lebensphasen. Dabei steht der Sozialstaat unter Druck. Der demografische Wandel, explodierende Gesundheits- und Pflegekosten, ein veränderter Arbeitsmarkt und die angespannte Haushaltslage bringen das System an sein Limit. Wann sind die Grenzen der Leistungsfähigkeit erreicht? Wie kann der Sozialstaat zukunftsfähig gemacht werden?

Die Schülerinnen und Schüler befassen sich zunächst mittels einer Karikaturen-Analyse mit den vier Kernbereichen Rentenversicherung, Krankenversicherung, Pflegeversicherung und Grundsicherung und formulieren Thesen zum Zustand des Sozialstaats. Die Auswertung von statistischem Material verdeutlicht den langfristig gestiegenen Finanzierungsbedarf und grundlegende Zielkonflikte bei der Gestaltung des Sozialstaats.

Am Beispiel der gesetzlichen Rentenversicherung untersuchen die Lernenden anschließend, wie der demografische Wandel die Finanzierung des Sozialstaats beeinflusst und erkennen die Gratwanderung zwischen Sicherung und Bezahlbarkeit. Sie setzen sich mit aktuellen Reformvorschlägen auseinander und prüfen, wie Chancen, Ansprüche und Belastungen zwischen den Generationen verteilt werden können. Dabei reflektieren sie unterschiedliche Vorstellungen von Generationengerechtigkeit.

Überblick

Themenbereich	Soziale Marktwirtschaft
Vorwissen	Sozialstaat, Sozialversicherung, Rentenversicherung
Zeitbedarf	2-3 Unterrichtsstunden
Methoden	Placemat, Positionslinie, Rollenspiel
Kompetenzen	Die Schülerinnen und Schüler ... ◆ erläutern Aufgaben und Ziele des Sozialstaats, ◆ analysieren aktuelle Herausforderungen anhand statistischer Materialien und erkennen Zielkonflikte zwischen sozialer Sicherung und Finanzierbarkeit, ◆ untersuchen Reformvorschläge zur gesetzlichen Rentenversicherung und deren mögliche Auswirkungen auf unterschiedliche Generationen, ◆ reflektieren unterschiedliche Vorstellungen von Generationengerechtigkeit.
Schlagworte	Generationengerechtigkeit, Generationenvertrag, Rentenkommission, Rentenversicherung, Sozialabgaben, Soziale Teilhabe, Sozialstaat, Sozialstaatsprinzip, Sozialversicherung
Autorin	Sabine Steinbeck
Redaktion	Institut für Ökonomische Bildung (IÖB), 2026
Produktion	Nina Höffken grafik + webdesign, 2026

Der Sozialstaat zwischen sozialer Sicherung und Finanzierbarkeit

Das **Sozialstaatsprinzip** gehört zu den grundlegenden Verfassungsprinzipien der Bundesrepublik Deutschland. Nach Artikel 20 Absatz 1 des Grundgesetzes ist Deutschland ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Das Grundgesetz legt jedoch nicht im Einzelnen fest, welche Leistungen der Sozialstaat erbringen muss. Seine konkrete Ausgestaltung ist Aufgabe der Politik und verändert sich mit den wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen und demografischen Rahmenbedingungen.

In der Sozialen Marktwirtschaft verbindet der Sozialstaat **wirtschaftliche Freiheit mit sozialem Ausgleich**. Er soll Menschen gegen zentrale Lebensrisiken wie Krankheit, Pflegebedürftigkeit, Arbeitslosigkeit und Einkommensausfall im Alter absichern und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Dabei gilt zugleich das **Prinzip der Eigenverantwortung**. Bürgerinnen und Bürger sollen im Rahmen ihrer Möglichkeiten selbst für ihren Lebensunterhalt und ihre Absicherung sorgen.

Die Finanzierung des Sozialstaats erfolgt vor allem über Sozialversicherungsbeiträge und Steuern. Steigende Ausgaben führen deshalb zu Zielkonflikten. Höhere Beiträge und Steuern können zusätzliche Einnahmen schaffen, verringern aber zugleich das verfügbare Einkommen beziehungsweise erhöhen die Arbeitskosten. Leistungskürzungen können dagegen die soziale Absicherung und gesellschaftliche Teilhabe beeinträchtigen. Zugleich können sozialpolitische Leistungen und ihre Finanzierung Anreize für Erwerbstätigkeit und private Vorsorge beeinflussen. Politische Entscheidungen müssen daher **soziale Sicherung, Eigenverantwortung und langfristige Finanzierbarkeit** miteinander in Einklang bringen.

Die **Entwicklung der Sozialausgaben** verdeutlicht den zunehmenden Finanzierungsbedarf. Die Sozialleistungsquote, also das Verhältnis der Sozialleistungen zum Bruttoinlandsprodukt, lag 2024 bei 31,1 Prozent. 1991 waren es noch 24,9 Prozent. Wirtschaftswachstum bzw. Wirtschaftskrisen, die Entwicklung des Arbeitsmarktes sowie Veränderungen bei Alterssicherung, Gesundheit und Pflege beeinflussen die Höhe der Sozialausgaben. Die Betrachtung der Sozialleistungsquote ist deshalb aussagekräftiger als ein Vergleich nominaler Ausgaben über längere Zeiträume.

Besonders deutlich zeigt sich der **Reformdruck bei der gesetzlichen Rentenversicherung**. Sie wird überwiegend im **Umlageverfahren** finanziert. Die laufenden Beitragseinnahmen werden zur Finanzierung der aktuellen Renten verwendet. Die Erwerbstätigen erwerben mit ihren Beiträgen zugleich Ansprüche gegenüber der nachfolgenden Generation. Dieses Prinzip wird als **Generationenvertrag** bezeichnet. Es setzt voraus, dass zwischen Beitragszahlenden und Rentenbeziehenden ein tragfähiges Verhältnis besteht. Dieses Verhältnis verändert sich durch den demografischen Wandel. Eine steigende Lebenserwartung und seit Jahrzehnten niedrige Geburtenzahlen führen dazu, dass einem wachsenden Anteil älterer Menschen vergleichsweise weniger Menschen im Erwerbsalter gegenüberstehen.

Die Rentenversicherung wird deshalb nicht ausschließlich durch **Beiträge**, sondern auch durch **Bundeszuschüsse** finanziert. Nach Angaben im Jahresbericht 2025 der Deutschen Rentenversicherung beliefen sich die Beitragseinnahmen auf rund 321,6 Milliarden Euro. Die Gesamtausgaben lagen bei rund 426,5 Milliarden Euro. Die Differenz wird überwiegend durch Bundesmittel finanziert.

Der **demografische Wandel** verschärft den **Zielkonflikt**. Sollen das Leistungsniveau und der Renteneintritt unverändert bleiben, steigt der Finanzierungsbedarf. Höhere Beiträge belasten Beschäftigte und Arbeitgeber, zusätzliche Bundesmittel die öffentlichen Haushalte. Ein späterer Renteneintritt verlängert dagegen die Erwerbsphase und verkürzt die durchschnittliche Rentenbezugsdauer, kann aber für Menschen mit langer Erwerbsbiografie oder gesundheitlichen Einschränkungen eine Belastung darstellen.

Vor diesem Hintergrund legte die von der Bundesregierung eingesetzte **Alterssicherungskommission**, auch „Rentenkommission“ genannt, im Juni 2026 insgesamt **33 Empfehlungen zur Reform des Alterssicherungssystems** vor. Dazu gehören neben einer Erweiterung des Kreises der Beitragszahlenden die Einführung einer verpflichtenden kapitalgedeckten Altersvorsorge nach skandinavischem Modell und die Kopplung der Regelaltersgrenze an die Lebenserwartung nach 2031.

Die Rentenpolitik ist eine Frage der Generationengerechtigkeit. Die Interessen heutiger Rentnerinnen und Rentner, gegenwärtiger Beitragszahlender und zukünftiger Generationen müssen miteinander in

Einklang gebracht werden. Politische Entscheidungen hängen davon ab, wie Kriterien wie **soziale Sicherheit, Leistungs- und Generationengerechtigkeit, Eigenverantwortung und finanzielle Tragfähigkeit** gewichtet werden. Der Konflikt um die Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung verdeutlicht damit eine Grundfrage des Sozialstaats: Welche Leistungen kann, soll oder muss der Staat gewährleisten und wie können diese dauerhaft finanziert werden?

Literaturhinweise:

- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2026): Rentenkommission 2026: 33 Empfehlungen zur Rentenreform. Berlin. Abrufbar unter: <https://www.bmas.de/DE/Soziales/Rente-und-Altersvorsorge/Rentenreform-2025/Rentenkommission-2026/rentenkommission-2026.html>
- Bundeszentrale für politische Bildung / Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2026): Demografischer Wandel. Online-Dossier (aktualisierte Neuauflage 2026). Abrufbar unter: <https://www.bpb.de/themen/soziale-lage/demografischer-wandel/>
- Deutsche Rentenversicherung (2026): Jahresbericht 2025. Abrufbar unter: <https://jahresbericht.deutsche-rentenversicherung.de/>
- Fratzscher, Marcel / Pimpertz, Jochen (2026): Der Renteneintritt muss flexibler gestaltet werden. Bundeszentrale für politische Bildung (4. Mai 2026). Abrufbar unter: <https://www.bpb.de/themen/soziale-lage/demografischer-wandel/576792/der-renteneintritt-muss-flexibler-gestaltet-werden/>
- Nullmeier, Frank (2021): Sozialstaat. In: Andersen, Uwe / Bogumil, Jörg / Marschall, Stefan / Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn. Abrufbar unter: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202107/sozialstaat/>

Unterrichtsverlauf

Zeit	Phase	Inhalte	Materialien	Tipps / Hinweise
1. und 2. Unterrichtsstunde: Der Sozialstaat unter Druck: Ein Erfolgsmodell oder nicht mehr bezahlbar?				
5'	Einstieg I	Die SuS aktivieren ihr Vorwissen und tauschen sich über Zitate mit unterschiedlichen Sichtweisen über den Sozialstaat aus und formulieren erste aktuelle Herausforderungen.	M1 Bundeskanzler und Sozialstaat	Unterrichtsgespräch im Plenum
20'	Einstieg II	Die SuS analysieren arbeitsteilig Karikaturen zu Rentenversicherung, Krankenversicherung, Pflegeversicherung und Grundversicherung und halten ihre Ergebnisse in einer Placemat fest. Sie formulieren daraus Thesen zum Zustand des Sozialstaats sowie Fragen, die im weiteren Verlauf der Einheit untersucht werden.	M2 Steht der Sozialstaat vor dem Kollaps? Digitale Methode: Placemat	Arbeitsteilige Gruppenarbeit, WLAN und entsprechende Endgeräte werden benötigt. Methode: Placemat
25'	Erarbeitung I	Die SuS erschließen zentrale Aufgaben, Leistungen und Finanzierungsgrundlagen des deutschen Sozialstaats. Die wesentlichen Zusammenhänge bereiten sie in einem Schaubild auf und machen politische Handlungsoptionen sichtbar.	M3 Der Sozialstaat – warum gibt es ihn? M4 Was kostet uns der Sozialstaat? Arbeitsblatt: Richtig oder falsch?	Differenzierungsmöglichkeit über Vorstrukturierung Arbeitsblatt mit Tabelle kopieren und austeilen, Differenzierung möglich
20'	Sicherung und Beurteilung	Die SuS werten die Schaubilder gemeinsam aus. Anschließend positionieren sie sich zu den möglichen Maßnahmen, die der Staat gegen den drohenden Kollaps des Systems einsetzen kann und begründen ihre Meinung.	M3 Der Sozialstaat – warum gibt es ihn? M4 Was kostet uns der Sozialstaat?	Methode: 4-Ecken-Methode 4 Karten mit Aussagen für die Ecken A, B, C, D vorbereiten Methode: Positionslinie: Alternativ ist auch eine Einzelabfrage über Positionslinien möglich.
5'	Einstieg III	Die SuS erschließen mithilfe einer historischen Briefmarke und einer Infobox das Umlageverfahren und das Prinzip des Generationenvertrags. Aus der Veränderung des Altersaufbaus leiten sie erste Herausforderungen für die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung ab.	M5 Generationenvertrag unter Druck: Ist unser Rentensystem noch gerecht?	Einzelarbeit Unterrichtsgespräch

15'	Erarbeitung II	Die SuS untersuchen, wie sich das Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Rentenbeziehenden verändert. Auf dieser Grundlage entwickeln sie eigene Kriterien dafür, wann die Finanzierung der gesetzlichen Rente als generationengerecht gelten kann.	M6 Entwicklung der „Versorgungs- last“ der erwerbs- tätigen Bevölkerung	Einzelarbeit
3. Unterrichtsstunde: Wie kann die Rente zukunftsfähig werden und wie kann eine (generationen-)gerechte Rentenreform aussehen?				
15'	Vertiefung I	Die SuS erarbeiten zentrale Vorschläge der Rentenkommission zur Reform der gesetzlichen Alterssicherung und untersuchen deren mögliche Auswirkungen. Dabei nehmen sie insbesondere in den Blick, welche Gruppen von den jeweiligen Maßnahmen profitieren beziehungsweise stärker belastet werden.	M7 Wie das Rentensystem gerettet werden soll Arbeitsblatt: Vorschläge der Rentenkommission	Einzelarbeit / Partnerarbeit Unterrichtsgespräch Lösungsvorschlag in Tabellenform kann als Tafelbild eingesetzt werden.
30'	Vertiefung II und Sicherung	Vorbereitung und Durchführung eines Expertenrats (Rollenspiel): Die SuS setzen sich aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Perspektiven mit den Reformvorschlägen auseinander und bringen ihre Interessen in den Rentenrat ein. Sie wägen die verschiedenen Positionen gegeneinander ab und entwickeln einen begründeten Vorschlag für eine möglichst tragfähige und generationengerechte Reform.	M8 Rentenrat: Wie wird die Rente generationengerecht? Rollenkarten Arbeitsblatt: Beschlussvorlage des Rentenrates	Arbeitsteilige Gruppenarbeit (Rollenspiel), anschließend Diskussion im Plenum Vortrag von Ergebnissen der SuS zum Reflexionsauftrag Lösungsvorschlag in Tabellenform kann als Tafelbild eingesetzt werden. Methode: Rollenspiel

M1

Bundeskanzler und Sozialstaat

„Ich halte den Sozialstaat, wie wir ihn in Deutschland und anderen Staaten kennen, für die größte Kulturleistung, die die Europäer im Lauf dieses schrecklichen 20. Jahrhunderts zustande gebracht haben“

Helmut Schmidt (1918-2015), Bundeskanzler von 1974-1982, in einem Interview mit Zeit online, 23.07.2008



„Wir können uns dieses System, was wir heute so haben, mit dem, was wir wirtschaftlich so erwirtschaften in dieser Bundesrepublik Deutschland, einfach nicht mehr leisten.“

Friedrich Merz, Bundeskanzler seit 06.05.2025, in einer Rede auf dem Landesparteitag der CDU Nordrhein-Westfalen am 30.08.2025.



Foto 1: dpa/picture alliance 45586430 | SZ Photo / Karl-Bernd Karwasz
Foto 2: dpa/picture alliance 617987644 | Michael Kappeler

Aufgabe

1

Tauschen Sie sich in der Lerngruppe über die Zitate (M1) aus und beschreiben Sie, welche unterschiedliche Sichtweise auf den Sozialstaat jeweils deutlich wird.

M2

Steht der Sozialstaat vor dem Kollaps?



© Thomas Plafmann / thomasplafmann.de



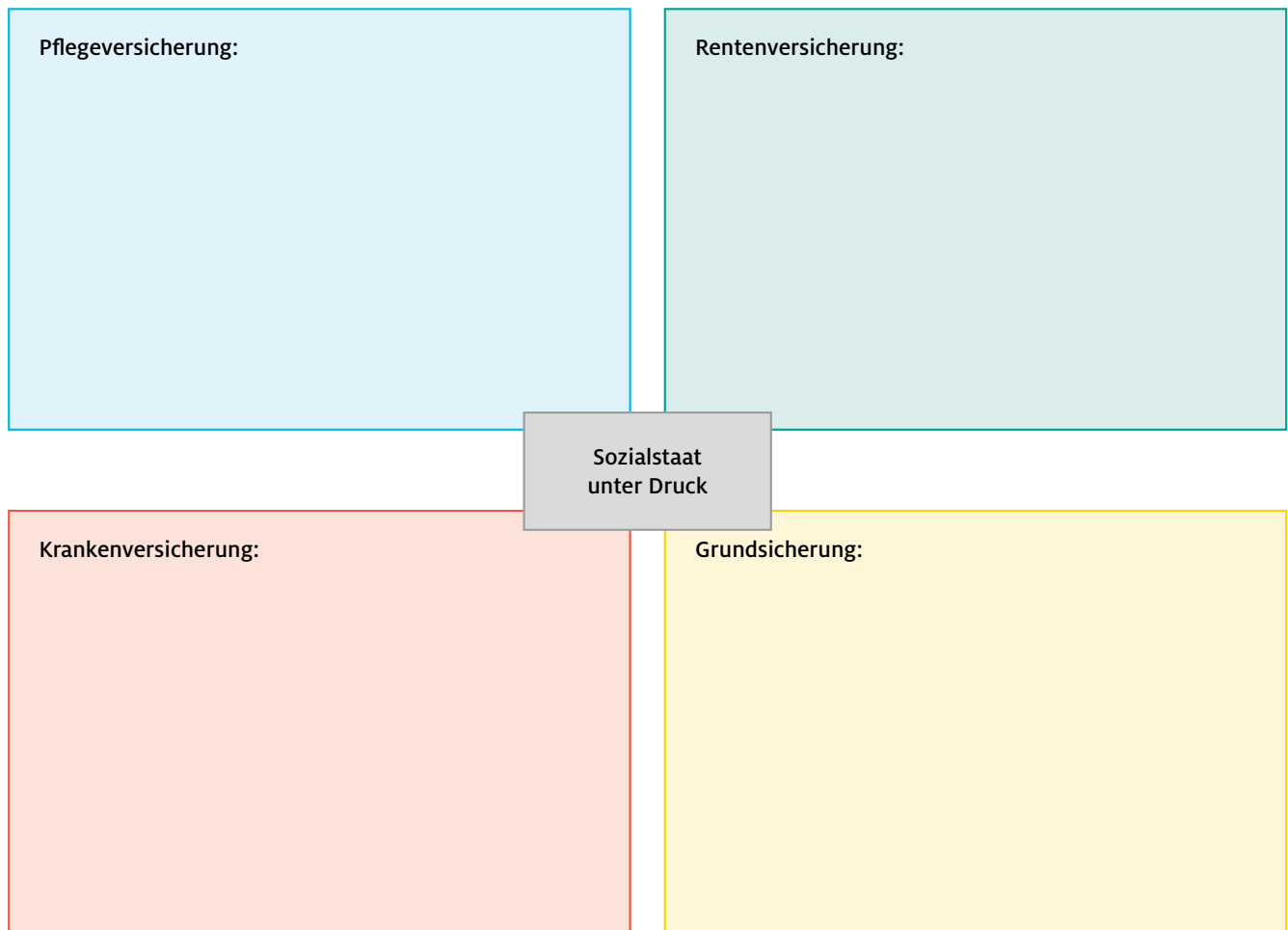
© Thomas Plafmann / thomasplafmann.de



© Kostas Koufogiorgos / koufogiorgos.de



© Markus Grolik / toonpool.com



Digitale Methode: Placemat

Mit der digitalen Placemat können Sie Ihre Überlegungen zu einem Thema oder einer Fragestellung auf Ihrem Endgerät festhalten und diese von Ihren Gruppenmitgliedern ergänzen und kommentieren lassen. Am Ende entscheiden Sie gemeinsam, welche Ideen oder Antworten als Gruppenergebnis von der Moderationsleitung eingetragen werden sollen. Ist die vorgegebene Zeit um, werden die Ergebnisse automatisch über das Whiteboard visualisiert.

Aufgabe

2

Bilden Sie vier Arbeitsgruppen zu den Themen (A) Pflegeversicherung, (B) Rentenversicherung, (C) Krankenversicherung und (D) Grundsicherung und betrachten Sie die Karikaturen (M2). Bearbeiten Sie die Leitfrage „Steht der Sozialstaat vor dem Kollaps?“ unter Berücksichtigung des jeweiligen Themas.

- Diskutieren Sie innerhalb Ihrer Gruppe über die Aussageabsicht des Zeichners. Notieren Sie diese in der Placemat. (Nutzen Sie hierzu die digitale Anwendung oder das Arbeitsblatt.)
- Formulieren Sie auf dem Arbeitsblatt ausgehend von der Karikatur eine These zum Zustand des Sozialstaats und entwickeln Sie gemeinsam eine Frage dazu, die Sie beschäftigt.
- Tragen Sie Ihr Ergebnis im Plenum vor. Notieren Sie auch die Aussagen der anderen Gruppen.

M3

Der Sozialstaat – warum gibt es ihn?

Das Grundgesetz bestimmt in Artikel 20, dass Deutschland ein sozialer Bundesstaat ist. Der Staat soll die Bürgerinnen und Bürger vor den größten Lebensrisiken schützen, allen Menschen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen und für gesellschaftlichen Zusammenhalt sorgen.

Zu den wichtigsten Bestandteilen des Sozialstaats gehören die gesetzliche Renten-, Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung. Hinzu kommen staatliche Leistungen wie die Grundsicherung oder die Sozialhilfe, das Wohngeld und das Kindergeld. Sie unterstützen Menschen, die sich vorübergehend oder dauerhaft selbst nicht ausreichend absichern können.

Finanziert wird das Sozialbudget durch Beiträge von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern sowie durch Steuermittel des Bundes, der Länder und der Kommunen.

Die Ausgaben für soziale Leistungen sind in den letzten Jahrzehnten stark gestiegen. Um die Finanzierung des Sozialstaats langfristig zu sichern, muss die Politik über notwendige Anpassungen und Reformen entscheiden.



Sie kann die Ausgaben durch Steuererhöhungen ausgleichen, zusätzliche Schulden aufnehmen, die Beiträge zu den Sozialversicherungen erhöhen, Leistungen kürzen und so Anreize setzen, mehr oder weniger zu arbeiten und selbst vorzusorgen. Diese Grundsatzentscheidungen können durch unterschiedliche politische Maßnahmen umgesetzt werden.

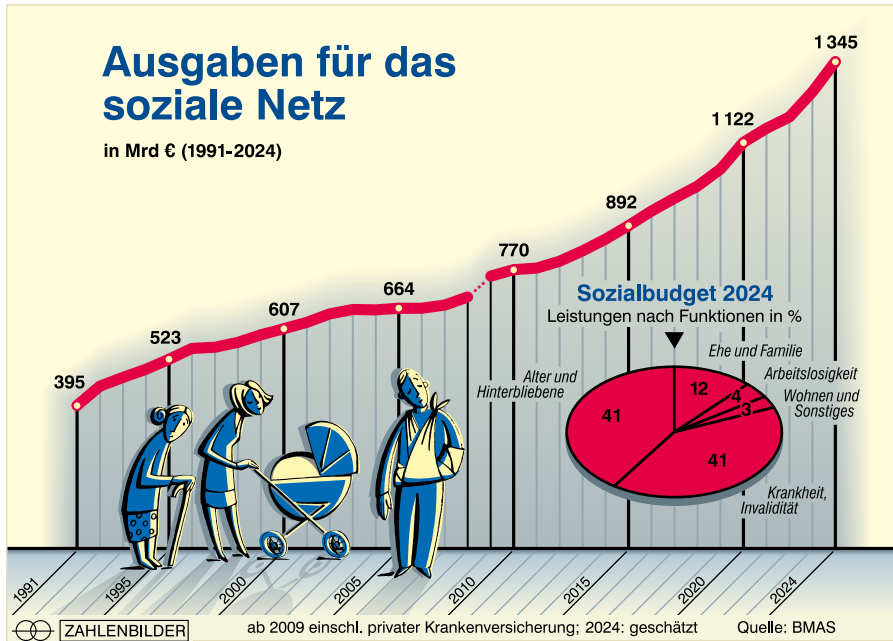
Quelle: Autorinnentext

Aufgaben

- 3 Erläutern Sie mithilfe des Materials M3 die beiden zentralen Aufgaben des deutschen Sozialstaats.
- 4 Erstellen Sie ein Schaubild, das die Grundlagen des deutschen Sozialstaats übersichtlich darstellt. Nutzen Sie dazu zentrale Begriffe aus dem Material M3 und stellen Sie die Zusammenhänge mithilfe von Pfeilen oder Verbindungslinien dar.

M4

Was kostet uns der Sozialstaat?



© Bergmoser + Höller Verlag AG

Sozialleistungsquote

Sozialleistungen in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

1960	18,3
1970	20,2
1980	25,7
1990	24,1
1991	24,9
1995	27,6
2000	28,8
2005	29,0
2010	30,0
2015	29,4
2020	32,8
2024	31,1

bis 1990: früheres Bundesgebiet;
ab 1991: Deutschland; ab 2009:
einschl. private Krankenversicherung

Aufgaben

5 Analysieren Sie die Statistiken zum Sozialbudget (M4) mit Blick auf die langfristige Finanzierbarkeit des Sozialstaats. Überlegen Sie, inwiefern Krisen oder besondere Ereignisse eine Rolle gespielt haben könnten.

6 Positionieren Sie sich in den 4 Ecken des Klassenzimmers zu den möglichen Maßnahmen, die der Staat gegen den drohenden Kollaps des Systems einsetzen kann (M3). Begründen Sie Ihre Meinung.

Ecke A: Sozialstaat stärker über Steuern finanzieren

Ecke B: Sozialleistungen begrenzen

Ecke C: Beiträge für die Sozialversicherung erhöhen

Ecke D: Mehr Schulden aufnehmen

Richtig oder falsch?

Prüfen Sie die Aussagen anhand der Statistiken in M4 und stellen Sie diese gegebenenfalls richtig.

1. In M4 informiert ein Balkendiagramm über die „Ausgaben für das soziale Netz“ im Zeitraum von 1981 bis 2024.

☐ Richtig

☐ Falsch

Korrektur: _____

2. Die Ausgaben sind über den gesamten Zeitraum stetig gestiegen und haben sich zwischen 2009 und 2024 fast verdoppelt. Zuletzt betrugen sie 1.345 Milliarden Euro.

☐ Richtig

☐ Falsch

Korrektur: _____

3. Ein Kreisdiagramm zeigt die Aufteilung des Sozialbudgets nach Funktionen. Am meisten kostet die Versorgung von Alten und Hinterbliebenen sowie Kranken und Invaliden. Dafür wurden 2024 jeweils 41 Milliarden Euro ausgegeben.

☐ Richtig

☐ Falsch

Korrektur: _____

4. Betrachtet man die Tabelle zur Sozialleistungsquote, wird deutlich, dass der Anteil der Sozialleistungen am BIP zwischen 1960 und 2024 ebenfalls gestiegen ist. 1960 wurden 15,1 Prozent des BIP für soziale Leistungen eingesetzt, 2024 waren es dann 31,3 Prozent. Allerdings gab es zwischen 2010 und 2015 sowie zwischen 2020 und 2024 jeweils einen leichten Rückgang um 0,6 bzw. 1,7 Prozent.

☐ Richtig

☐ Falsch

Korrektur: _____

M5

Generationenvertrag unter Druck: Ist unser Rentensystem noch gerecht?

Am 15. Juni 1989 erschien eine Sondermarke der Deutschen Bundespost zum 100-jährigen Bestehen der gesetzlichen Rentenversicherung.



Quelle: <https://www.briefmarken-bilder.de/brd-briefmarken-1989/statistik-demografische-entwicklung>



Wie funktioniert eigentlich die Rentenversicherung?

Die gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland wird nach dem Umlageverfahren finanziert. Das bedeutet, die Beiträge der heutigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie ihrer Arbeitgeber werden nicht angespart, sondern direkt an die heutigen Rentnerinnen und Rentner ausgezahlt. Dieses System beruht auf dem Generationenvertrag. Die erwerbstätige Generation finanziert die Renten der älteren Generation. Im Gegenzug hat sie die Erwartung, dass spätere Generationen ihre Rente finanzieren. Die Rentenbeiträge werden grundsätzlich je zur Hälfte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Arbeitgebern getragen.

Das Umlageverfahren funktioniert gut, wenn viele Menschen arbeiten und Beiträge zahlen. Steigt jedoch die Zahl der Rentnerinnen und Rentner, während gleichzeitig weniger Erwerbstätige Beiträge einzahlen (z.B. wegen steigender Lebenserwartung oder sinkender Geburtenrate) gerät das System unter Druck. Dann müssen die Beiträge erhöht, die Renten angepasst oder zusätzliche Steuermittel eingesetzt werden.

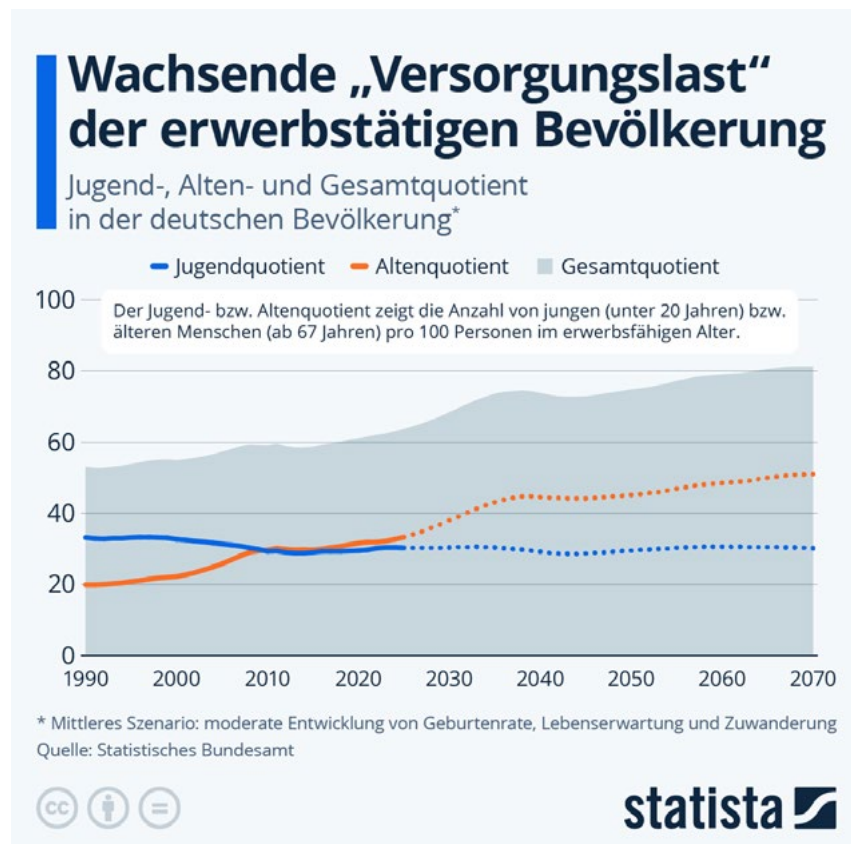
Aufgabe

7

Betrachten Sie die Briefmarke zur gesetzlichen Rentenversicherung (M5). Beschreiben Sie, wie sich der Altersaufbau der Bevölkerung verändert hat. Leiten Sie daraus eine mögliche Herausforderung für die gesetzliche Rentenversicherung aus heutiger Sicht ab und berücksichtigen Sie dabei auch die Infobox. Formulieren Sie hierzu eine These oder eine Frage.

M6

Entwicklung der „Versorgungslast“ der erwerbstätigen Bevölkerung



Quelle: <https://de.statista.com/infografik/35617/alten-und-jungenquotient-in-deutschland/>

! **Generationengerechtigkeit** bezeichnet die Frage, wie Chancen, Ansprüche und Belastungen zwischen verschiedenen Generationen verteilt werden. Für die Rentenversicherung bedeutet dies zum Beispiel, die soziale Absicherung älterer Menschen mit den finanziellen Belastungen heutiger und zukünftiger Beitragszahlender in Einklang zu bringen.

Aufgabe

8

- Untersuchen Sie anhand von M6, wie sich die Bevölkerungsentwicklung seit dem Erscheinen der Briefmarke fortgesetzt hat und überprüfen Sie, inwieweit sich Ihre zu M5 formulierten Thesen oder Fragen bewahrheiten.
- Formulieren Sie in einem Satz, wann Sie die Finanzierung der Rente als generationengerecht bezeichnen würden. Vergleichen Sie Ihre Formulierung anschließend mit der Definition in der Infobox.

M7

Wie das Rentensystem gerettet werden soll

Die Rentenkommission hat das gesamte deutsche Versorgungssystem durchleuchtet. [...]

Besonders im Fokus: Die Altersversorgung von Menschen mit niedrigen Einkommen zu sichern – und dabei das System nachhaltig zu finanzieren. [...]

Grundsätzlich schlägt die Kommission vor, dass mehr Menschen ins System einzahlen sollen. Dafür sollen mittel- und langfristig Selbstständige, Beamte und Abgeordnete ins gesetzliche Rentensystem einzahlen. Das soll für alle, die neu in diese Berufsgruppen kommen, verpflichtend gelten.

Ausgenommen sind Berufsgruppen, die eigene Versorgungswerke haben. Bei Beamten könnte das aber länger dauern als bei Selbstständigen. In einer Übergangsphase sollen aber die Beamtenpensionen näher an das Rentensystem herangeführt werden. Zum Beispiel könnte sich die Höhe der Pension an längeren Bezugszeiten als bisher orientieren. Dann wäre nicht mehr das Gehalt am Berufsende alleine ausschlaggebend für die Höhe der Pension.

Außerdem empfehlen die Experten eine kapitalgedeckte Zusatzrente nach schwedischem Modell¹. Diese soll verpflichtend für alle eingeführt werden. Die Auszahlung wäre anders als im bisher geltenden Umlageverfahren individuell für jeden anders.

Arbeitnehmer und Arbeitgeber sollen sich jeweils zu gleichen Teilen an der Finanzierung beteiligen. Das könnte nach Ansicht der Kommission für alle, die nach 2040 in Rente gehen, höhere Renten bringen. Verwaltet werden soll die neue Säule in einem Staatsfonds.

Bis das der Fall ist, soll es einen staatlichen Ersatzmechanismus geben. Dieser soll mit Steuergeld ausgleichen, dass die kapitalgedeckte Säule zunächst noch keine Er-

träge abwerfen wird. Damit soll sichergestellt werden, dass für alle aktuellen und die künftigen Rentner die Rentenzahlungen über dem heutigen Niveau liegen.

Künftig soll sich der Renteneintritt an der Lebenserwartung orientieren. Für heute 30-Jährige könnte das bedeuten, dass sie statt mit 67 erst im Alter von 68 Jahren regelgerecht in Rente gehen könnten. Sinkt die Lebenserwartung, könnte dadurch aber auch das Renteneintrittsalter sinken. Das soll regelmäßig überprüft werden.

Der Kommission schwebt vor, dass das Verhältnis Arbeitsjahre zu Rentenjahre ungefähr bei 2:1 liegen sollte. 40 Jahren als Beitragszahler sollten statistisch gesehen 20 Jahre als Rentner folgen. Die Rente mit 70 ist damit aber zunächst vom Tisch. Und auch von der sogenannten Rente mit 63 will sich die Kommission verabschieden.

Ob Menschen früher in Rente gehen können, soll nicht mehr von der Zahl der Beitragsjahre abhängen, sondern vom individuellen Gesundheitsstatus. Die Idee dahinter: Kranke Menschen haben ein höheres Risiko, früher zu sterben. Deshalb sollen sie früher in Rente gehen können.

Die Veränderung beim Renteneintrittsalter und bei den zusätzlichen Beitragszahlern soll sich dämpfend auf mögliche Beitragssteigerungen auswirken. Und auch das Rentenniveau soll davon profitieren. In der Kombination mit der kapitalgedeckten Säule nach schwedischem Modell könnten die Rentenbeiträge aber steigen.

Außerdem hat sich die Kommission auch über Menschen in der Grundsicherung Gedanken gemacht. Sie sollen dank größerer Rentenfreibeträge künftig mehr Rentenzahlungen behalten dürfen – und dadurch insgesamt mehr Geld zu Verfügung haben. [...]

¹Ein Teil der Beiträge wird in einem staatlich organisierten Fonds am Kapitalmarkt angelegt. Das angesparte Kapital und seine Erträge sollen später die gesetzliche Rente ergänzen.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/inland/rentenkommission-renteneintrittsalter-fonds-100.html>



Die Alterssicherungskommission, auch „Rentenkommission“ genannt, wurde Anfang 2026 von der Bundesregierung eingesetzt. Ihr gehören Fachleute aus Wissenschaft und Politik an. Sie sollte Vorschläge entwickeln, wie die Alterssicherung in Deutschland langfristig finanzierbar und verlässlich gestaltet werden kann. Im Juni 2026 legte sie insgesamt 33 Empfehlungen vor, wie das Rentensystem langfristig stabilisiert und die Belastungen gerechter zwischen den Generationen verteilt werden können.

Arbeitsblatt: Vorschläge der Rentenkommission

Reformvorschlag	Umsetzung durch...	Mögliche Auswirkungen:	Einordnung:
			☐ Mehr Menschen beteiligen sich an der Finanzierung ☐ Menschen arbeiten länger bzw. anders ☐ Zusätzliche Altersvorsorge
			☐ Mehr Menschen beteiligen sich an der Finanzierung ☐ Menschen arbeiten länger bzw. anders ☐ Zusätzliche Altersvorsorge
			☐ Mehr Menschen beteiligen sich an der Finanzierung ☐ Menschen arbeiten länger bzw. anders ☐ Zusätzliche Altersvorsorge

Aufgabe

9

Arbeiten Sie zunächst in Einzelarbeit die Vorschläge der Rentenkommission heraus. Analysieren Sie diese mithilfe des Arbeitsblatts (Tabelle) hinsichtlich ihrer Umsetzung und den Auswirkungen und ordnen Sie die Maßnahmen einem Grundprinzip zu.

M8

Rentenrat: Wie wird die Rente generationengerecht?



Aufgaben

- 10** Bilden Sie fünf Gruppen. Jede Gruppe erhält eine Rollenkarte. Bearbeiten Sie zunächst die Aufgabe zu Ihrer Rollenkarte.
- 11** Die Experten aus Ihren Gruppen bilden den Rentenrat.
 - a) Stellen Sie sich gegenseitig Ihre Positionen vor.
 - b) Diskutieren Sie:
Welche Reformmaßnahmen verteilen Chancen, Ansprüche und Belastungen möglichst gerecht zwischen den Generationen?
 - c) Einigen Sie sich auf zwei Maßnahmen, die Sie der Bundesregierung empfehlen würden.
 - d) Formulieren Sie zu jeder Empfehlung eine Begründung. Berücksichtigen Sie dabei möglichst die unterschiedlichen Interessen im Rentenrat.
- 12** Bewerten Sie die Empfehlungen des Rentenrates aus Ihrer persönlichen Sicht. Entscheiden Sie, welche Maßnahme Sie unterstützen würden und welche nicht. Begründen Sie Ihre Entscheidung insbesondere mit Blick auf die Generationengerechtigkeit.

Arbeitsblatt: Beschlussvorlage des Rentenrates

Der Rentenrat empfiehlt ...

Maßnahme 1

Begründung:

Maßnahme 2

Begründung:

Ein Problem konnten wir nicht lösen:

Rollenkarte A: Aylin, 19 Jahre, Auszubildende

Aylin steht am Anfang ihres Berufslebens und macht eine Ausbildung zur Industriekauffrau. Sie verdient ihr erstes eigenes Geld und zahlt damit auch zum ersten Mal Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung ein. Bis zu ihrer eigenen Rente sind es noch viele Jahrzehnte.

Aylin weiß, dass ihre Beiträge heute dazu verwendet werden, die Renten der älteren Generation zu finanzieren. Gleichzeitig hört sie immer wieder, dass in Zukunft weniger Erwerbstätige für immer mehr Rentnerinnen und Rentner aufkommen müssen. Sie fragt sich deshalb, wie stark die Beiträge für ihre Generation noch steigen werden, und ob sie selbst später mit einer ausreichenden gesetzlichen Rente rechnen kann.

Grundsätzlich findet Aylin es richtig, dass die Generationen füreinander eintreten. Sie erwartet aber auch, dass die Lasten fair verteilt werden und ihre Generation nicht immer höhere Beiträge zahlen muss, um das bestehende System zu finanzieren.

Ihre Aufgabe:

- ◆ Prüfen Sie die Vorschläge der Rentenkommission aus Aylins Perspektive. Wählen Sie **zwei Maßnahmen**, die Ihre Person unterstützen könnte, und **eine Maßnahme**, die sie eher kritisch sehen könnte.
- ◆ Bereiten Sie für jede Entscheidung eine Begründung vor. Beziehen Sie dabei Informationen aus M7 ein.
- ◆ Bestimmen Sie eine Person, die Ihre Rolle anschließend im „Rentenrat“ vertritt.

Rollenkarte B: Daniel, 38 Jahre, Arbeitnehmer und Vater

Daniel ist 38 Jahre alt und arbeitet als Techniker in einem mittelständischen Unternehmen. Er lebt mit seiner Partnerin und zwei Kindern zusammen. Seit rund 20 Jahren zahlt er in die gesetzliche Rentenversicherung ein. Bis zu seiner eigenen Rente liegt aber noch ein großer Teil seines Erwerbslebens vor ihm.

Daniel merkt schon heute, dass von seinem Bruttogehalt ein erheblicher Teil für Steuern und Sozialversicherungen abgezogen wird. Er zahlt jetzt schon einen Teil seines Gehalts in die Rentenversicherung ein. Steigende Rentenbeiträge würden bedeuten, dass seiner Familie weniger Geld zur Verfügung steht. Gleichzeitig möchte er sich darauf verlassen können, dass er nach vielen Jahrzehnten Arbeit selbst eine ausreichende Rente bekommt.

Eine zusätzliche private oder kapitalgedeckte Altersvorsorge hält er grundsätzlich für denkbar. Allerdings fragt er sich, wie viel Geld er neben den laufenden Kosten seiner Familie zusätzlich für die Altersvorsorge aufbringen kann.

Ihre Aufgabe:

- ◆ Prüfen Sie die Vorschläge der Rentenkommission aus Daniels Perspektive. Wählen Sie **zwei Maßnahmen**, die Ihre Person unterstützen könnte, und **eine Maßnahme**, die sie eher kritisch sehen könnte.
- ◆ Bereiten Sie für jede Entscheidung eine Begründung vor. Beziehen Sie dabei Informationen aus M7 ein.
- ◆ Bestimmen Sie eine Person, die Ihre Rolle anschließend im „Rentenrat“ vertritt.

Rollenkarte C: Miriam, 59 Jahre, Verkäuferin

Miriam ist 59 Jahre alt und arbeitet seit ihrem 18. Lebensjahr als Verkäuferin in einem Supermarkt. Ihre Arbeit bedeutet, dass sie einen großen Teil des Tages steht, Waren einräumt und regelmäßig frühmorgens oder samstags arbeitet. Sie hat fast ihr gesamtes Erwachsenenleben Beiträge in die Rentenversicherung eingezahlt. Inzwischen denkt Miriam häufiger über ihren Ruhestand nach. Sie hatte bisher damit gerechnet, noch einige Jahre zu arbeiten und dann in Rente gehen zu können. Die Vorstellung, wegen der steigenden Lebenserwartung noch länger arbeiten zu müssen, bereitet ihr Sorgen. Gleichzeitig weiß sie, dass Menschen heute im Durchschnitt länger Rente beziehen als frühere Generationen und dass diese Renten finanziert werden müssen.

Miriam findet deshalb, dass bei einer Reform nicht nur das Alter eines Menschen eine Rolle spielen sollte. Auch die Zahl der Arbeitsjahre und die gesundheitliche Belastung durch den Beruf sollten ihrer Ansicht nach berücksichtigt werden.

Ihre Aufgabe:

- ◆ Prüfen Sie die Vorschläge der Rentenkommission aus Miriams Perspektive. Wählen Sie **zwei Maßnahmen**, die Ihre Person unterstützen könnte, und **eine Maßnahme**, die sie eher kritisch sehen könnte.
- ◆ Bereiten Sie für jede Entscheidung eine Begründung vor. Beziehen Sie dabei Informationen aus M7 ein.
- ◆ Bestimmen Sie eine Person, die Ihre Rolle anschließend im „Rentenrat“ vertritt.

Rollenkarte D: Thomas, 47 Jahre, Dachdeckermeister

Thomas ist 47 Jahre alt und führt einen Handwerksbetrieb mit zwölf Beschäftigten. Als Selbstständiger ist er bislang nicht verpflichtend in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert und sorgt selbst für sein Alter vor.

Als Arbeitgeber beteiligt er sich jedoch an den Sozialversicherungsbeiträgen seiner Beschäftigten. Steigende Beiträge erhöhen deshalb auch die Personalkosten seines Betriebs. Gleichzeitig ist ihm wichtig, dass seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Alter verlässlich abgesichert sind.

Der Vorschlag, künftig auch Selbstständige stärker in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen, würde Thomas unmittelbar betreffen. Einerseits könnte eine breitere Finanzierungsbasis das Rentensystem stabilisieren. Andererseits müsste er seine bisherige Altersvorsorge anpassen und möglicherweise zusätzliche Beiträge leisten. Er fragt sich deshalb, wie die Finanzierung der Rente auf möglichst viele Schultern verteilt werden kann, ohne einzelne Gruppen übermäßig zu belasten.

Ihre Aufgabe:

- ◆ Prüfen Sie die Vorschläge der Rentenkommission aus Thomas Perspektive. Wählen Sie **zwei Maßnahmen**, die Ihre Person unterstützen könnte, und **eine Maßnahme**, die sie eher kritisch sehen könnte.
- ◆ Bereiten Sie für jede Entscheidung eine Begründung vor. Beziehen Sie dabei Informationen aus M7 ein.
- ◆ Bestimmen Sie eine Person, die Ihre Rolle anschließend im „Rentenrat“ vertritt.

Rollenkarte E: Samir, 72 Jahre, Rentner

Samir ist 72 Jahre alt und seit einigen Jahren im Ruhestand. Zuvor hat er mehr als 40 Jahre gearbeitet und Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt. Seine gesetzliche Rente ist heute seine wichtigste Einkommensquelle. Große finanzielle Rücklagen hat er nicht.

Samir ist deshalb wichtig, dass er sich auch in Zukunft auf seine Rente verlassen kann. Steigende Preise für Lebensmittel, Energie oder Miete spürt er unmittelbar. Wenn die Renten nicht regelmäßig etwas angehoben werden, würde dies seinen Alltag erheblich verändern.

Gleichzeitig hat Samir Kinder und Enkelkinder, die selbst arbeiten und Rentenbeiträge zahlen. Er sieht deshalb auch, dass die Finanzierung der Renten nicht nur zulasten der jüngeren Generation gehen kann. Für ihn stellt sich die Frage, wie die Ansprüche der heutigen Rentnerinnen und Rentner gesichert werden können, ohne den nachfolgenden Generationen immer höhere Belastungen aufzubürden.

Ihre Aufgabe:

- ◆ Prüfen Sie die Vorschläge der Rentenkommission aus Samirs Perspektive. Wählen Sie **zwei Maßnahmen**, die Ihre Person unterstützen könnte, und **eine Maßnahme**, die sie eher kritisch sehen könnte.
- ◆ Bereiten Sie für jede Entscheidung eine Begründung vor. Beziehen Sie dabei Informationen aus M7 ein.
- ◆ Bestimmen Sie eine Person, die Ihre Rolle anschließend im „Rentenrat“ vertritt.